

Kantonsspital Winterthur KSW

Testfall für Privatisierungen?

So titelte der *Tages-Anzeiger* am 13. Juni einen langen Artikel und leitete ein: «Der freisinnige Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger möchte das Kantonsspital Winterthur verkaufen. Im Parlament ist das Vorhaben höchst umstritten. Denn es geht um Grundsätzliches.»

Dass Privatisierungs-Turbo Heiniger Gas gibt und es ihm nicht schnell genug gehen kann, die Gesundheitseinrichtungen des Kantons zu verscherbeln, ist für VPOD-Mitglieder und LeserInnen unserer Informationen nichts Neues. Dass dies umstritten ist, ist bestens und freut uns. Denn es geht tatsächlich um Grundsätzliches: um unsere Gesundheit und um das Wohl von PatientInnen und Personal.

Neoliberales Wunschdenken

Regierungsrat Heiniger ist seit Langem bekannt als Glaubenskrieger. Er glaubt an den Markt, der alles zum Besten und am billigsten regle, wenn wir uns doch nur als Kundinnen und Kunden verhalten würden. Dass dieser Marktglaube enorme Kosten verursacht, hat die SP kürzlich gezeigt: Rund 160 Millionen Franken könnten Jahr für Jahr gespart werden, wenn unnötige und unsinnige Konkurrenzkosten vermieden und das Gesundheitswesen auf Kooperation statt Konkurrenz ausgerichtet würde. Statt darum zu streiten, mit riesigen Investitionen das beste, grösste, modernste usw. Spital zu sein, wäre eine politische Gesamtsicht erforderlich, die das volkswirtschaftliche Interesse über die betriebswirtschaftliche Logik jedes einzelnen Spitals stellt. Aber Regierungsrat Heiniger will eben die Politik bewusst fernhalten und dem Markt geben, was seiner Meinung nach dem Markt gehört.

Spitaldirektor auf Privatisierungskurs

Unterstützung erhält Regierungsrat Heiniger dabei von KSW-Direktor Rolf Zehnder – auch er als «AG-Turbo» bekannt. In einem ganzseitigen Interview mit dem *Landboten* (3. Juni 2016, Seite 3) spricht sich dieser «entschieden» sowie «klar und deutlich für eine Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur» aus – nur um dann im gleichen Interview zu sagen, dass es Sache des Eigentümers (Kanton) und nicht des Betriebes sei, wer Eigentümer des Spitals sein soll. Dafür, dass er laut eigenen Aussagen also nichts dazu zu sagen hat, hat er laut und deutlich gesagt, was er will. Sein erklärtes Ziel: Spitalfusionen über die Kantonsgrenzen hinaus.

Parteien und Gemeinden widersprechen

Widerspruch erfahren Regierungsrat Heiniger und Spitaldirektor Zehnder nicht nur seitens VPOD und SP. Auch die Gemeinden im Grossraum Winterthur und die Stadt Winterthur selber sind skeptisch gegenüber einer Privatisierung. Die Stadt Winterthur forderte in ihrer Vernehmlassungsantwort auf das Privatisierungsvorhaben, dass im Falle einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zwei Drittel der Aktien beim Kanton bleiben müssten. Einzig die FDP stellt sich bedingungslos hinter ihren Marktkrieger, während bei der SVP alles offen ist. In der Vernehmlassung vor zwei Jahren wurde die Privatisierung des KSW noch klar abgelehnt. Heute ist völlig unklar, ob die SVP nun für das Volk oder für die Regierung Partei ergreift.

Profitstreber in den Startlöchern

Seit längerem ist bekannt, dass die private Hirslanden-Gruppe sehr daran interessiert ist, öffentliche Spitäler zu übernehmen. Aber auch im Ausland gibt es grosse Spitalkonzerne, die sich Profite in der reichen Schweiz und in ihrem Gesundheitswesen versprechen. Welche Auswirkungen das haben kann, zeigt Deutschland: Unrentable Spitäler oder Abteilungen werden geschlossen, Personal wird ausgedünnt und ausgepresst, PatientInnen werden zu reinen Milchkühen, wie es Eugen Münch, Gründer der deutschen Röhn-Klinik-AG explizit sagt, wenn er vom «Cash Cow-Segment der lukrativen Patienten» spricht.

Widerstand ist angesagt

Wenn es nach dem Willen von Regierungsrat Heiniger geht, wird das KSW zur Aktiengesellschaft, und nach einer Sperrfrist von zwei Jahren sollen die Aktien an Private verscherbelt werden. Und nach dem KSW gleich auch noch die Integrierte Psychiatrie Winterthur ipw und was sonst noch so alles lukrativ sein könnte für private Schnäppchenjäger. Wir Steuerzahlenden bleiben dann auf den Häusern sitzen, die nicht rentieren und die wir deshalb finanzieren müssen. Wir PatientInnen müssen dann unsere Gesundheitsversorgung dort einkaufen, wo sie zu einem für uns tragbaren Preis angeboten wird. Und wir Spitalangestellten müssten dann mit den Anstellungs- und Arbeitsbedingungen leben, die von den privaten Spitalbesitzern noch finanziert werden, nachdem die Profite in Prestigeobjekte investiert oder als Dividenden verteilt wurden. Es liegt an uns allen, dieses Privatisierungsprojekt zu verhindern und den Testfall zum Endbahnhof der Privatisierungsvorhaben zu machen – im Interesse der Gesundheit von PatientInnen und Personal.

Roland Brunner

Stadt Zürich: Abbau 2017 kompensieren

Löhne rauf. Jetzt.

Die Stadt Zürich hat in den letzten beiden Jahren die Rechnung über 300 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Der Stadtrat konnte das Eigenkapital stabil auf rund 677 Mio. Franken halten und gleichzeitig die Verschuldung abbauen. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt über 100%. Die Finanzlage der Stadt Zürich ist deutlich besser als vor Jahren prognostiziert. Höchste Zeit, die städtischen Mitarbeitenden zu belohnen statt weiterhin mit einem Lohnstopp und höheren Lohnnebenkosten zu bestrafen.

Mit rund 64 Mio. Franken haben die städtischen Mitarbeitenden im vergangenen Jahr wesentlich zum positiven Abschluss der Stadt beigetragen. Sie haben bei Vakanzen in der Besetzung offener Stellen zusätzliche Aufgaben übernommen und durch Mehrleistungen und Überstunden den Service public in der Stadt Zürich sichergestellt. Obwohl viele Mitarbeitende dabei auf eine angemessene, individuelle Lohnentwicklung verzichten mussten (Lohnmatrix Faktor 0,5 statt Faktor 1), haben sie den Sparkurs weitgehend mitgetra-

gen, den der Stadtrat im Januar 2015 öffentlich kommuniziert hat. Es ist insbesondere auch den städtischen Mitarbeitenden zu verdanken, dass die Stadt Zürich acht Jahre nach Ausbruch der Finanzmarkt- und Finanzkrise finanziell derart solide dasteht.

Angeht des positiven Abschlusses 2015 und der damit besseren Finanzlage als erwartet, haben die anerkannten Personalverbände gemeinsam einen angemessenen Vorschlag eingereicht: Mindestens 1% der gesamten städtischen Lohnsumme für Lohnmassnahmen einzustellen, wie dies der Stadtrat jahrelang als Zielsetzung definiert hatte.

Die gesamten Lohnbänder um einen auszuhandelnden Wert zu heben. Die Lohnmatrix wieder mit dem Faktor 1 auszustatten. Die Lohnmatrix derart zu ändern, dass bei C-Beurteilungen keine 0-Werte mehr resultieren. Die unterzeichnenden Personalverbände vertreten die Interessen einer Mehrheit der städtischen Mitarbeitenden.

Duri Beer

Abstimmung vom 25. September 2016

Bezahlbare Kinderbetreuung für alle

Im September stimmen wir über die kantonale Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle ab», welche die Einrichtung eines Betreuungsfonds zur Unterstützung der Gemeinden bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten fordert. Die Breite des Unterstützungskomitees zeigt, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht.

Die Zürcher Gemeinden sind zu einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot gesetzlich verpflichtet, aber die Finanzierung ist nicht geregelt. In der Folge tragen Eltern in vielen Städten und Gemeinden im Kanton einen Grossteil der Kosten. Durch die Schaffung eines Betreuungsfonds und die Beteiligung der Wirtschaft an der Finanzierung über eine Abgabe von 0,2% der Lohnsumme soll einerseits das teilweise sehr dürftige Angebot in den Gemeinden ausgebaut werden. Andererseits sollen die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen und bezahlbar bleiben, wodurch ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet werden könnte.

Für den VPOD sollte familienergänzende Kinderbetreuung ein von der öffentlichen Hand bereitgestellter Service public sein. Weil man aber davon gerade in der vorschulischen Kinderbetreuung noch weit entfernt ist, ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Beteiligung der Wirtschaft sinnvoll. Mit einem Ausbau alleine ist es jedoch nicht getan. Die Themen Qualität und Arbeitsbedingungen müssen bei der Finanzierung und Zulassung von familienergänzenden Betreuungsangeboten ein zwingendes Kriterium sein. Ein Gesamtarbeitsvertrag für die Kinderbetreuung könnte entsprechende Rahmenbedingungen definieren. Der VPOD Zürich empfiehlt ein JA zur Initiative.

Martina Flühmann

Weitere Infos zur Initiative unter:
<http://kinderbetreuung-ja.ch>



VPOD-PAROLENSPIEGEL 25. September 2016

Bund

Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»:
Bundesgesetz über den Nachrichtendienst:
Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»:

JA
NEIN

JA

Kanton

Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»:

JA

Städte und Gemeinden

Bei Drucklegung dieser VPOD-Informationen liegen noch keine kommunalen Abstimmungsvorlagen vor.

Aktualisierter Parolenspiegel: <http://zuerich.vpod.ch/>

Agenda

Montag, 11. Juli 2016, 15 Uhr
Reinigungsangestellte, organisiert euch!
Beratung im Kafi Klick, Zürich

Dienstag, 30. August 2016, 17:30 Uhr
vpod forum gesundheit

Samstag, 10. September 2016
SGB-Kundgebung AHV+
Bern

Sonntag, 18. September 2016,
ab 10 Uhr
Lauf gegen Rassismus

Mittwoch, 28. September 2016
Kantonaler Aktionstag gegen Sparpolitik

Donnerstag, 3. November 2016
Nationaler Aktionstag Gesundheit
VPOD-Bildungsprogramm 2016

Montag/Dienstag, 19./20. September
2016, 9–17:30 Uhr
Dienstpläne erstellen

Mittwoch, 21. September 2016,
9:30–17 Uhr
Einzelarbeitsvertrag – Gesamtarbeitsvertrag

Donnerstag, 22. September 2016,
9–17:30 Uhr
Belastungen souverän meistern
Weitere Kurse und Tagungen:
<http://zuerich.vpod.ch>

Dreister Angriff aufs Portemonnaie

Der Stadtrat von Zürich beantragt dem Gemeinderat eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die städtischen Angestellten. Der VPOD kämpft dagegen.

Geht es nach dem Willen des Stadtrates, so sollen die Arbeitnehmenden ab 1. Januar 2017 2% mehr Spar- und Risikobeiträge an die Pensionskasse einzahlen. Die geplante neue Beitragsverteilung wäre 60% Arbeitgeber und 40% Arbeitnehmende.

Die Basis-Gremien der städtischen Angestellten der Gewerkschaft VPOD/Sektion Stadt und Institutionen lehnen die Änderung (Teilrevision von Art. 85 des Personalrechtes) und den diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat klar ab. Bereits im Verlauf des Konsultationsverfahrens sowie im Stiftungsrat der Pensionskasse haben wir diese unbegründete Verschlechterung bekämpft. Die Hauptgründe gegen diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind:

- Die Stadtzürcher SteuerzahlerInnen mussten bisher keine Ausfinanzierung leisten. Fast alle öffentlich-rechtlichen Pensionskassen mussten mit hohen Einmaleinlagen ausfinanziert werden. Man erinnert sich beispielsweise an die 2 Mia. Franken beim Kanton Zürich oder die 150 Mio. Franken bei der Stadt Winterthur. Die Stadt Zürich und ihre SteuerzahlerInnen haben also bisher von der guten und professionellen Arbeit der PKZH profitiert. Vor diesem Hintergrund ist es absolut nicht angebracht, die Arbeitnehmenden jetzt mit höheren Beiträgen zu belasten und zu bestrafen.
- Die heutige Beitragsverteilung (62%/38%) kann nicht als realitätsfremd oder als unverhältnismässig bezeichnet werden. Andere Pensionskassen kennen ähnliche und zum Teil noch grosszügigere Beitragsaufteilungen, so etwa innerhalb von Publica das Vorsorgewerk der ETH, die ja vor allem in Zürich tätig ist.

Sowohl der aktuelle Antrag als auch die geplanten weiteren Anpassungen bei der Kostenbeteiligung von Überbrückungszuschüssen und bei Sanierungsmassnahmen schwächen und verschlechtern ein sehr gut funktionierendes Kernelement der Arbeitsbedingungen und der Arbeitgeberpolitik. Für den VPOD ist es unerklärlich und unangebracht, dass die Stadt bei einem Erfolgs- und Attraktivitätsfaktor wie der Personalvorsorge sparen will. Der VPOD wird sich an den Gemeinderat wenden, um dies zu verhindern.

Mattia Mandaglio

Lohnstudie zum Kanton Zürich

Kanton Zürich hat höchste Lohndifferenz

Der Regierungsrat gibt sich sehr selbstgefällig, wenn er sich zur Lohndiskriminierung beim Staatspersonal äussern muss. Weil das kantonale Personalrecht Lohngleichheit verlangt, glaubt er, es fände keine Diskriminierung statt. Ende Mai 2016 hat das Statistische Amt des Kantons Zürich eine Lohnstudie publiziert. Sie zeigt, dass Männer im Kanton Zürich immer noch 19% bzw. monatlich 1400 Franken mehr verdienen als Frauen. Der Kanton Zürich weist damit schweizweit die höchste Lohndifferenz auf. Im Jahr 2014 betrug diese für die ganze Schweiz 15%.

Wird der Lohnunterschied nicht mit dem Medianlohn, sondern mit dem Durchschnittslohn berechnet, verdienen Frauen in der Zürcher Privatwirtschaft sogar 24,4% weniger als Männer. Die Studie zeigt zudem, dass die Lohnunterschiede bei einzelnen Gruppen besonders hoch sind: Frauen im oberen oder mittleren Kader erhalten einen um 28,4% tieferen Lohn als ihre männlichen Kollegen. Und verheiratete Frauen verdienen sogar 34,3% weniger als verheiratete Männer.

Die Gründe für die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind vielfältig und oft nicht weniger diskriminierend, auch wenn sie statistisch erklärbar sind. Nicht erklärbar sind nach wie vor 8,7% der Differenz der Durchschnittslöhne.

Der VPOD fordert griffige Massnahmen zur Behebung des nach wie vor eklatanten Lohnunterschieds zwischen Frauen und Männern – unabhängig davon, ob diese Unterschiede erklärbar sind oder nicht. Insbesondere braucht es endlich Lohnkontrollen – auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber und der bürgerlichen Mehrheit im Parlament, die die vom Bundesrat aufgegleiste Revision des Gleichstellungsgesetzes in der Schublade versenken will.

Brigitte Gügler

Neue VPOD-Homepage

zuerich.vpod.ch

Es ist geschafft! Nach langer und intensiver Arbeit ist seit dem 1. Mai unsere neue Website online. Die Seite des VPOD Zürich, des Landesverbandes und der anderen VPOD-Regionen wurde in den letzten Monaten komplett überarbeitet und präsentiert sich nun in einem neuen Gewand. Damit konnte endlich auch der offizielle Webauftritt an die zeitgemässen Trends und Bedürfnisse angepasst werden. Die neue Webpräsenz setzt den Schwerpunkt auf aktuelle Nachrichten aus unserer tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit und bietet eine aufgeräumte Übersicht über die wichtigsten Themen und Brennpunkte. Die benutzerInnenfreundliche Struktur ermöglicht den Mitgliedern und der Öffentlichkeit einen einfachen Zugang zu Neuigkeiten, Dienstleistungen und anstehenden Veranstaltungen des VPOD. Interessierte können zudem mit wenigen Klicks Mitglied werden. Neu entspricht die Homepage auch den Anforderungen der mobilen Internetnutzung. Das neue Webdesign ermöglicht eine übersichtliche und funktionsfähige Darstellung auf Smartphones und Tablets.

Die Seite befindet sich noch in der Verbesserungsphase. Wir wollen weitere nützliche Elemente einbauen und die Funktionsmöglichkeiten optimieren. Wie gefällt dir die Seite? Hast du noch Verbesserungsvorschläge oder fehlt dir etwas Bestimmtes? Wir laden dich gerne ein, unsere Seite unter www.zuerich.vpod.ch zu besuchen. Natürlich freuen wir uns auch über kritische Rückmeldungen: info@vpod-zh.ch

Beim Übergang zur neuen Website sind einige technische Probleme aufgetreten, die auch zu kurzzeitigen Ausfällen des Mailsystems geführt haben. Für allfällige daraus resultierende Umstände entschuldigen wir uns herzlichst. Zurzeit sind wir daran, die automatische Weiterleitung von www.vpod-zh.ch nach www.zuerich.vpod.ch reibungslos zu gewährleisten. Um Problemen vorzubeugen, empfehlen wir die neue Webadresse www.zuerich.vpod.ch zu nutzen. Viel Freude am Surfen!

Fabio Höhener

3. November 2016

Nationaler Aktionstag Gesundheit

Der nationale Verbandskongress des VPOD hat es in Lausanne beschlossen und die Verbandskommission Gesundheit setzt es um: Am 3. November organisieren wir in der ganzen Schweiz einen Aktionstag Gesundheit.

Die Situation ist von Spital zu Spital, von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Aber dennoch haben alle ein gemeinsames Problem: Das Personal gerät immer mehr unter Druck. Seit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes 2012 müssen die Akutspitäler gewinn- und wettbewerbsorientiert wirtschaften. Gleichzeitig verschlechtern die permanenten Sparprogramme in allen Kantonen die finanzielle Lage vieler Krankenhäuser. Diese Politik hat insbesondere für die öffentlichen Spitäler verheerende Folgen:

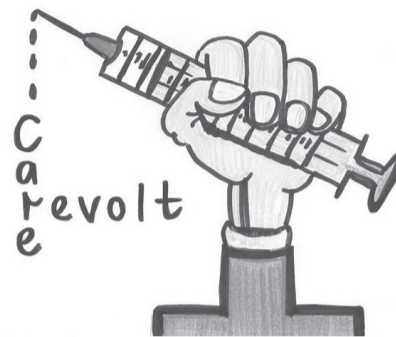
- Personalschlüssel werden eingefroren oder reduziert, abwesende KollegInnen (Krankheit, Unfall, Mutterschaft) nicht ersetzt. Die prekären Arbeitsverhältnisse nehmen zu.
- Die knappen Mittel werden für Prestigeobjekte, für das Kader und gefragte Fachkräfte verwendet, während die grosse Mehrheit der Beschäftigten keine Lohnentwicklung mehr sieht. Löhne werden eingefroren, der Stufenanstieg nicht mehr automatisch gewährt.

Am 3. November wollen wir das im Rahmen eines nationalen Aktionstags mit dem Personal diskutieren und darüber informieren. Wir laden alle ein mitzumachen und gemeinsam ein klares Zeichen für faire Arbeitsbedingungen und Löhne in den Spitälern zu setzen. Weitere Informationen folgen. Wer mitmachen will, kann sich jetzt schon melden bei roland.brunner@vpod-zh.ch.

Roland Brunne

Care Revolt

Eine Gruppe von Pflegefachkräften (HF und FH) am Universitätsspital Zürich stellt sich Fragen zu ihrer LohnEinstufung und hat dazu die Gruppe Care Revolt gegründet. Auf Facebook hat die geschlossene Gruppe inzwischen 155 Mitglieder – auch von anderen Akutspitälern im Kanton Zürich.



Die Gruppe schreibt: Wir stellen Diskrepanzen bei der Einteilung in die Lohnklassen (LK), dem erhaltenen Stellenbeschrieb und den im Alltag zu erledigenden Aufgaben fest. Zudem hat sich der Pflegealltag stark verändert, seit die Aufgaben in die einzelnen Lohnklassen zugeteilt worden sind.

Mittels Fragebogen macht Care Revolt eine Bestandaufnahme, welche Pflegefachpersonen in welcher Lohnklasse eingeteilt sind und welche zusätzlichen Aufgaben im Alltag übernommen werden. Ziel ist es, in den Spitälern des Kantons Zürich die LohnEinstufungen zu überprüfen und gegebenenfalls eine Lohnanpassung zu erreichen. Dazu arbeitet Care Revolt eng mit dem VPOD Zürich zusammen. Inzwischen hat Care Revolt unter «Carerevolt» auch eine öffentliche Facebook-Seite eingerichtet. HF- und FH-Pflegefachkräfte sind herzlich eingeladen mitzumachen und den Fragebogen auszufüllen.

Frauen wollen den ganzen Kuchen

Lohnkontrollen jetzt!

Trotz garstigem Wetter nahmen am 14. Juni 2016 in Zürich über 200 Frauen und solidarische Männer an der Protestaktion gegen die anhaltende Lohndiskriminierung teil. Aufgerufen zum Protestpicknick hatten die Gewerkschaftsfrauen. 25 Jahre nach dem schweizweiten Frauenstreik und 20 Jahre nach Einführung des Gleichstellungsgesetzes verdienen Frauen in der Schweiz durchschnittlich immer noch 15% weniger als Männer. Im Kanton Zürich sind es sogar rekordhohe 19%.

Die Münsterbrücke war mit Transparenten und Frauenfahnen geschmückt. Trotz Regengüssen richteten sich Frauen zum gemütlichen Picknick unter ihren Regenschirmen ein und setzten sich auf ihre Liegestühle. Die drei geladenen Rednerinnen, Katharina Prelicz-Huber (Präsidentin VPOD Schweiz, Grüne, Gemeinderätin Zürich), Maria Sorgo (SP, Gemeinderätin Winterthur) und Rosmarie Joss (SP, Kantonsrätin) beleuchteten das Problem von verschiedenen Seiten und riefen die Frauen immer wieder auf, die diskriminierenden Löhne, die Unterbewertung der typischen Frauenberufe, die Hindernisse bei der beruflichen Karriere und die immer noch hauptsächlichliche Zuständigkeit für die unbezahlte Familien- und Hausarbeit nicht länger hinzunehmen. Auch die protestierenden Frauen ergriffen spontan das Wort und berichteten über die von tiefen Renten betroffenen Frauen oder über die Arbeit junger Pflegefachfrauen, deren Lohn gemessen an ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung zu tief ist. «Wir wollen nicht nur den ganzen Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei!», rief eine junge Aktivistin. Und eine andere Frau bedankte sich bei allen Frauen, die in der Vergangenheit für die Gleichstellung gekämpft und vieles erreicht haben. Doch es gibt noch viel zu tun, bis die in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankerte Gleichstellung erreicht ist. Wir fordern als nächsten Schritt: Lohnkontrollen jetzt!

Brigitte Gügler



Trotz strömendem Regen: Frauenprotest für Lohngerechtigkeit.